



Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erste Seite jeden Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis 0,75 RM.; bei jeder Bestellung durch den Besteller ist auch 12 Pf. mehr.
Und Postgebühren nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Verein)
Berlin N.O. 25, Greifswalder Straße 22/22a.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 25 Pf., Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/22a.
Gesamtdruckerei: Amt Alexander, Nr. 472a.

Nr. 15/16. Berlin, Sonnabend, 19. April 1919. Einundfünfzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Streikrecht. — Das Rätegesetz in der Reichsverfassung. — Rationalisierergesetz. — Allgemeine Rundschau. — Hämlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Literatur.

Streikrecht.

Der die Geschichte der Deutschen Gewerksvereine kennt, der weiß, daß sie unentwegt den Kampf für ein freies Koalitionsrecht geführt haben. Damit sind sie auch für das Streikrecht eingetreten, wenn ihnen auch im wirtschaftlichen Kampfe der Streik stets als das letzte Mittel galt. An diesem Grundsatz halten sie auch jetzt noch fest, und sie haben die Genugtuung, daß die anderen Organisationsrichtungen sich auf denselben Standpunkt gestellt haben.

Trotzdem kann die Art, wie in den letzten Monaten darauf losgetreift worden ist, von uns nur auf das allerhöchste verurteilt werden. Nicht als ob jeder Streik, der geführt worden ist, als unredlich hingestellt werden soll. Das sei ferne von uns. Aber die meisten Bewegungen sind eingeleitet worden wegen Forderungen, die nicht begilligt werden können, und zu einer Zeit, in der ein Streik geradezu als ein Verbrechen an unserem Wirtschaftsleben angesehen werden muß. Arbeit allein kann uns vor dem völligen Niedergang retten, das ist zu Hunderten von Malen der Arbeiterschaft mit den eindringlichsten Worten zu Gemüte geführt worden. Aber immer und immer wieder ist die Mahnung leider ungehört verhallt. Eine Streikwelle jagt die andere; ist an der einen Stelle Ruhe eingetreten, gleich bricht an einer anderen der Sturm von neuem los. Gewiß tragen die durch den Krieg und die Revolution erzeugte Unruhe, den Hunger und die durch den Frieden enttäuschten Hoffnungen viel zu dieser Stimmung bei. Aber endlich sollte doch die sonst so besonnen und einsichtig gewesene deutsche Arbeiterschaft zur Vernunft kommen und sich sagen, daß es so nicht weiter gehen kann, daß unser Volk damit dem Hungertode unrettbar in die Arme getrieben werden muß, daß an ein Aufkommen unseres Wirtschaftslebens in absehbarer Zeit nicht zu denken ist, wenn dieses Treiben seinen Fortgang nimmt.

Wenn es sich bei den Streiks lediglich darum handelte, sich die Mittel zu erringen, die ein Durchkommen durch die furchtbare Notlage ermöglichen, dürfte kein Wort dagegen gesagt werden. Trotz des Sturzes des alten Systems steigen die Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsgegenstände von Tag zu Tag. Da muß auch eine entsprechende Erhöhung der Löhne eintreten, umso mehr als leider keine Aussicht besteht, daß alsbald die Kosten der Lebenshaltung geringer werden. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn eine Arbeitergruppe nach der andern Lohnforderungen stellt. Dabei ist es gewiß keineswegs die Absicht, die die vertriebenen Berufe antreibt, sondern tatsächlich die Not der Zeit, die dazu zwingt. Und wo die Unternehmer aus sich selbst heraus nicht die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen, wo sie kein Entgegenkommen zeigen, nun da müssen sie letzten Endes durch den Streik zur Erfüllung berechtigter Wünsche gezwungen werden. Selbstverständlich muß auch bezüglich der Höhe der Forderungen daran gedacht werden, daß die Größe im Dorfe bleibt, daß die Wettbewerbsfähigkeit dabei aufrecht erhalten werden kann. Wird diese unterbunden, so schließen die Arbeiter selbst die Hände, die ihnen die goldenen Eier legen, sie unterbinden die Ausführbarkeit und erlösen damit unser Wirtschaftsleben, worunter sie selbst nachher am schwersten zu leiden haben.

Solche Streiks, die auf die Erzielung eines angemessenen Aufkommens gerichtet sind, wird jeder einsichtige Mensch selbst in der jetzigen Zeit als berechtigt anerkennen müssen. Anders aber sind die zahlreichen Generallstreiks zu beurteilen, die bald hier, bald dort, bald von dieser, bald von jener Arbeitergruppe proklamiert werden. Fast immer hat es sich in den letzten Monaten dabei um politische Dinge gehandelt. Lediglich zum Schein sind vereinzelt dabei auch wirtschaftliche Forderungen mit aufgestellt worden. In Wirklichkeit kam es den Machern aber auf diese gar nicht an; die Hauptsache war ihnen die Erreichung bestimmter politischer Ziele. Und von wem ging die Anregung zum Streik in diesen Fällen stets aus? Eine im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft winzig kleine Gruppe, die aber dafür über ein um so höheres Maß vor Entschlossenheit und Kühnheitslosigkeit verfügt, jetzt — in des Wortes weitestgehender Bedeutung — ihren Mitarbeitern die Pistole auf die Brust und zwingt sie, am Streik teilzunehmen. Wo man es wagt, sich gegen den Zwang aufzulehnen, da werden einfach die Fabrikstore von zwanzig, dreißig mit Revolvern und Handgranaten ausgerüsteten Janakoffern besetzt, und diese sorgen dann schon dafür, daß Hunderte von fleißigen, arbeitswilligen Arbeitern dem Betriebe wieder den Rücken kehren. So sieht es vielfach mit der Freiheit in unserer neuen Republik aus!

Wie weit aber die Gewissenlosigkeit, man möchte sagen, der Rohheit jener verblendeten Elemente geht, das zeigen die Mittel, zu denen sie greifen, um ihre Ziele zu erreichen. Beim Generallstreik in Berlin, Anfang März, wäre man selbst nicht davor zurückgeschreckt, die Gas- und Wasserwerke stillzulegen. Glücklicherweise brachte diese Maßnahme, deren Wirkungen in einer zwei Millionenstadt geradezu verheerend gewesen wären, die Massen zur Besinnung. Sie erwies sich als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Der Streik wurde abgebrochen. Anderswo hat man sich nicht gekümmert, beratliche Schritte zu tun, zum größten Schaden der Arbeiterschaft selbst und ohne nur das Geringste zu erreichen. Dann der Streik im Ruhrkohlengebiet! Unsere Kohlenförderung müßte weit über den Friedensstand gehoben werden, denn wir brauchen Kohle wie das liebe Brot, oder richtiger gesagt als Brot. Oder glaubt jemand, daß wir die in Aussicht gestellten, so dringend benötigten Lebensmittel von unseren Feinden oder auch nur aus dem neutralen Ausland zu bekommen? Nein, die müssen wir bezahlen, und zwar sehr teuer bezahlen, und da wir kein bares Geld dazu haben, müssen wir Kohlen liefern und Waren, zu deren Herstellung wir Kohlen gebrauchen. Aber Spartakus pleißt auf solche Nischenwohnungen. Zur Durchführung seiner wahnwichtigen Ideen proklamiert er den Generallstreik, und die Arbeiterschaft, ob sie will oder nicht, muß den Stand stillmachen, muß sich das eigene Grab mit schaufeln helfen. Wäre die Sache nicht gar zu traurig, man könnte über das Treiben laut aufschreien. Aber nicht genug damit! Weil die Regierung die Forderungen der Streikenden nicht erfüllt, wurde der Beschluß gefaßt, auch die hohen Rohlandsarbeiten einzustellen, was das Erlaufen der Schächte zur Folge haben muß. Ja ist denn das nicht halber Wahnsinn? Schon das Spielchen mit einem solchen Gedanken ist ein Verbrechen an der Volkswirtschaft und insbesondere an der Zukunft der Arbeiterschaft.

Aber so wird jetzt gewirtschaftet, so wird Schindluder getrieben mit dem armen Volke, das zu wenig Kraft aufzubringen vermag, um dem zum Untergang führenden Treiben ein Ziel zu

setzen. Man vergessenermaßen sich auch folgende Tatsache: Die Schiffe, die uns die ersten wenigen Lebensmittel aus dem Auslande gebracht haben, hatten, als sie wieder ausfahren, nicht nur keine Funterloble, sondern mühten Ballast nehmen, weil wir keine Ausfuhrgegenstände mitführen konnten. Aber im Ruhrgebiet streifen über eine Viertelmillion Menschen. Das ist Streikunrecht schlimmster Art. Wo das Wohl der Allgemeinheit in Frage gestellt wird, daß der Streik keine Berechtigung verloren. Das gilt insbesondere für die Bergarbeiter, die Eisenbahner, überhaupt für alle diejenigen, die in sogenannten gemeinnützigen Betrieben beschäftigt sind.

Wir fürchten, daß das Streikfieber, das unsern Volkskörper durchwühlt, noch eine Weile anhält, wenn wir auch hoffen, daß der Höhepunkt erreicht ist. Denn schlimmer kann es kaum werden. Schließlich müssen doch auch diejenigen Arbeiterschichten, die sich von den, zum Teil mit russischem Gelde bestochenen Verführern fortwährend ins Schlepptau nehmen lassen, erkennen, daß sie mit sich ein freies, ins Unglück führendes Spiel treiben, daß sie sich zu Zweden mißbrauchen lassen, die das auf uns lastende Unheil nur noch vergrößern würden. Und die große Mehrzahl der Arbeiter, die das einsieht, aber „um des lieben Friedens willen“ sich der Diktatur der Rinderheit fügt, die sollte endlich das drückende Joch abschütteln und es ablehnen, sich noch länger wie bisher mißhandeln und terrorisieren zu lassen. Wenn sie die Dinge nicht weiter so laufen läßt wie bisher, sondern einmütig jenen Gewaltmenschen den entschlossenen Willen entgegenstellt, zu arbeiten, so wie es ihr eigenes Interesse und das Wohl der Gesamtheit gebieterisch verlangt, dann müßte es doch wirklich mit dem Teufel zugehen, wenn sie nicht schließlich doch die Oberhand über jene verblendete Rinderheit erhält und endlich es dahin bringt, daß wieder geordnete Zustände in unserem Wirtschaftsleben eintreten. Daß unsere Kollegen alle darauf gerichteten Bestrebungen mit allen Kräften unterstützen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Das Rätegesetz in der Reichsverfassung.

Raum eine andere Frage wird jetzt in der Öffentlichkeit so lebhaft erörtert wie das Rätegesetz. Ueber keine andere Frage herrscht aber auch so viel Unklarheit. Jede politische, jede wirtschaftliche Gruppe hat darüber ihre eigene Auffassung, wofür die Betrachtungen in unserem letzten Leitartikel der beste Beweis sind. In der Arbeiterschaft, die an der Frage am stärksten interessiert ist, besteht eine lebhaftest Vorliebe für das Rätegesetz, obwohl man sich auch hier keineswegs klar ist über seinen Aufbau und seine Funktionen. Die Reichsregierung hat schon — ob mehr der Not geborhend oder dem eigenen Triebe, sei dahingestellt — gelegentlich des Besuchs der Berliner Streikkommission in Weimar gewisse Richtlinien für die Einführung des Rätegesetzes bekanntgegeben, und neuerdings hat das Kabinett zum 24. der Reichsverfassung folgende Abänderungsvorschläge angenommen, durch die die Räte in der Reichsverfassung — wie der leitende Ausdruck lautet — verankert werden sollen:

Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produzierenden Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen

Der Termin, auf den der allgemeine Feiertag fallen soll, wird nach dem Antrage einer späteren Beschlussfassung vorbehalten. In diesem Jahre soll der 1. Mai der Feiertag sein. Nach längerer, zum Teil recht erregter Aussprache wurde der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Wir halten diese Lösung für durchaus glücklich. Damit wird ein Konfliktstoff aus der Welt geschafft, der alljährlich die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Kämpfe heraufbeschwor. Die bisherige Art der Feiertage war auch alles eher als geeignet, das Volk zusammenzuführen; sie wirkte gerade im entgegengesetzten Sinne. Fest kann sich das ganze deutsche Volk, ohne daß jemand seiner Weltanschauung Zwang anzutun braucht, beim allgemeinen Feiertag hingeben. Denn die Gedanken, die dadurch zum Ausdruck gebracht werden sollen, werden sicherlich überall und von jeder Partei gebilligt. Wir möchten sogar noch einen Schritt weiter gehen und vorschlagen, daß auch für die Zukunft der 1. Mai als allgemeiner Feiertag und nicht als Nationalfeiertag festgehalten wird. Mit dem Beschluß der Nationalversammlung hat der 1. Mai seine frühere Bedeutung verloren. Unserm Widerstand gegen seine Feier müssen wir damit aufgeben. Für große Teile des Vaterlandes aber ist nun einmal der 1. Mai ein Tag von besonderer Bedeutung geworden. Deshalb will man dieser Stimmung nicht Rechnung tragen? Ein Feiertag wird gewiss festgelegt, also wählte man den Tag, der am liebsten im Volk gefeiert wird. Man läßt sich nicht durch, daß neben dem allgemeinen Feiertag der 1. Mai noch besonders gefeiert wird. Dann wäre der Streit von Neuem entzündet. Vielleicht findet dieser Hinweis für die weitere Behandlung der Frage in der Nationalversammlung Beachtung.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 4. April 1919.

Der Gewerkschein der Schneider hält in der Osterwoche im Verbandshaus zu Berlin seinen 13. ordentlichen Delegiertentag ab, auf welchem der Verband der Deutschen Gewerksvereine durch den Verbands-Redakteur Revo in vertreten sein wird. Der letzte Delegiertentag hat schon im Jahre 1914 stattgefunden. Die für das Jahr 1914 geplante Tagung mußte des Kriegsausbruchs wegen im letzten Augenblick abgelehrt werden. Kein Wunder, daß dieser Delegiertentag ganz besonders reiche und mannigfaltige Arbeit zu erledigen haben wird. Besonders ausgiebig zur Erörterung wird der in Aussicht genommene Reichstaxtarif kommen sowie die Frage des Wbaus der Heimindustrie und Städ- oder Zeitlohn. Auch die Satzungen sollen einer gründlichen Revision unterzogen werden, bedingt durch die Wirkungen des Krieges, die eine anderweitige finanzielle Regelung notwendig machen.

Die Abgeordneten zum Delegiertentag tragen also diesmal eine besonders schwere Verantwortung. Wir zweifeln nicht daran, daß sie sich ihrer Bewußt sein und ihre Entscheidungen so treffen werden, daß der Gewerkschein der Schneider immerhin gestärkt aus der Tagung hervorgeht und neue Werkbestätigt gewinnt, damit er in der Lage ist, mit zur Lösung des Ansehens unserer Gesamtorganisation in der Öffentlichkeit einzutreten. In diesem Sinne heißen wir die Delegierten in Berlin herzlich willkommen und wünschen ihren Verhandlungen einen recht erfolgreichen Verlauf.

Schwierigkeiten der Sozialisierung. In der Generalversammlung des zur Reichswehrmann-Gruppe gehörenden sozialdemokratischen Bezirksverbandes Groß-Berlin hat am 6. April das Mitglied der Nationalversammlung Hermann Müller in einem Vortrag über die politische Lage auf die Schwierigkeiten der Sozialisierung nachdrücklich hingewiesen. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ sagte er:

„Es ist ein Unglück, daß unsere Partei das Best in die Hand bekommen hat in einer Zeit, die der Sozialisierung so ungünstig ist wie nur möglich. Das ganze Wirtschaftswesen liegt in Schutt und Asche. Die Voraussetzungen der Sozialisierung fehlen. Unter diesen Umständen darf man nicht experimentieren, sondern man muß mit der Sozialisierung äußerst vorsichtig umgehen. Nach russischem Muster dürfen wir sie nicht betreiben, denn so würden wir unser Wirtschaftsleben nicht haben, sondern auf das hinausgerichtet.“

Im „Vorwärts“ ist nicht erwähnt, was Herr Müller nach den Berichten anderer Blätter noch weiterhin ausgesprochen hat. So hat er nach der „Voss. Ztg.“ u. a. gesagt: „Der Unternehmungs-

geist des Unternehmers dürfte nicht unterbunden werden. Es habe sich herausgestellt, daß der Privatbetrieb besser arbeitet als der Staatsbetrieb.“

„Unter lebhafter Zustimmung“ führte Herr Müller dem „Vorwärts“ zufolge noch aus: „Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage muß berücksichtigt werden, daß die Arbeiter ausgehungert und deshalb nicht so leistungsfähig sind wie früher, aber daß große Massen von Arbeitern der gegenwärtigen Situation so verständnislos gegenüberstehen, daß sich eine so große Streikluft hebenbar macht, das hätte man doch nicht gedacht. Und das sind dieselben, die während des Krieges nicht genug Ueberstunden geschieden konnten.“

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar hat sich nach den dem Statistischen Reichsanstalt zugegangenen Berichten ebenso ungünstig wie im Vormonat gestaltet, wenn auch die Arbeitslosigkeit, infolge einer stellenweise leichten Besserung des Arbeitsmarktes in der zweiten Hälfte des Berichtsmonats, etwas zurückgegangen ist.

Während sie gegen Anfang Februar 999 369 betrug, war sie am 19. Februar auf 1 100 889 gestiegen, ist dann aber in den ersten Tagen des Monats März auf 1 076 358 zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin zeigt zwar Ende Februar eine Zunahme gegen den Bestand am Anfang des Monats (260 917), war aber von 276 582 am 26. Februar auf 274 835 am 28. Februar gesunken.

Der Mangel an Rohstoffen, die wachsenden Verkehrsbehinderungen, — Brennstoffmangel, häufige Sperrungen wichtiger Bahnstrecken, Unregelmäßigkeiten auch im Städteverkehr, die infolge der Unruhen im schlesischen und Ruhrgebiet völlig ungenügenden Kohlenzufuhren sowie die außerordentlich hohen Löhne in Verbindung mit der verklärten Arbeitszeit und der Verringerung der Arbeitsleistung infolge steigender Arbeitsunlust verringerten die Leistungsfähigkeit aller Betriebe in steigendem Maße. Viele von ihnen dürften nicht in der Lage sein, die Arbeiter weiterhin nur mit Gehaltsarbeiten zu beschäftigen; auch werden immer mehr Unternehmungen zum Stillstand und zu Arbeiterentlassungen gezwungen. Die Unterbindung des Verkehrs mit Rheinland-Westfalen und dem Saargebiet erweist sich immer mehr als verhängnisvoll. Die künstliche Auseinanderreißung der Leistungsfähigkeit aller Betriebe führt auf die Dauer zu wirtschaftlichen Schädigungen schwerer Art. Die Abnahmefähigkeiten im In- und Auslande werden im großen und ganzen als nicht ungünstig angesehen; sie werden aber im Inlande durch die äußerst verschärften Verkehrsbeschränkungen ebenso erschwert wie die Wiederanbahnung von Auslandsbeziehungen durch die Fortdauer der Wirtschaftsholade. Die Erhöhung der Herstellungskosten infolge Rückgangs der Arbeitszeit bei gleichzeitig steigenden Löhnen und hohen Rohstoffpreisen ist so bedeutend, daß schon aus diesem Grund mit einer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vorläufig nicht gerechnet werden kann. Die Hauptindustrieweige zeigen noch das gleiche ungünstige Bild wie im Vormonat, wenn auch hier und da eine leichte Besserung des Geschäftsganges nicht zu verkennen ist. Besonders hat sich die Lage in der Eisenindustrie so kritisch zuspitzt, daß durch die in den letzten Monaten immer stärker hervorgetretene Engpass mit einem völligen Zusammenbruch gerechnet werden muß. Auch die Lage in der Papier-, Leder-, Holz-, Schokoladen- und Tabakindustrie muß noch als besonders ungünstig beseitigt werden.

Nach den Nachwekungen der Krankenkassen fanden am 1. März 1919 im Vergleich zum Anfang Februar insgesamt 158 408 oder 2,1 v. S. mehr Mitglieder in Beschäftigung. An der Steigerung der Anzahl der Mitglieder ist das männliche Geschlecht mit 221 707 oder 5,0 v. S. beteiligt, während bei den Frauen und Mädchen eine Abnahme um 63 299 oder 2,0 v. S. festzustellen ist.

Nach den Feststellungen von 29 Fachverbänden, die für 2616 732 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Februar 157 558 oder 6,0 v. S. Im Januar war von 33 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 6,8 v. S. berichtet worden; die Arbeitslosigkeit ist demnach diesmal etwas zurückgegangen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmonat die Zahl der Arbeitnehmenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, beim männlichen Geschlecht nicht unbeträchtlich gestiegen, beim weiblichen aber etwas zurückgegangen ist. Im Februar kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 205

Arbeitnehmende, beim weiblichen Geschlecht 203 (gegen 188 beim 21. im Vormonat und 58 bzw. 93 im entsprechenden Monat des Vorjahres).

Die Berichte der Zentralauskunftsstellen der Arbeitsnachweise über die Vermittlungstätigkeit im Februar zeigen, daß Landwirtschaft sowie Bergbau weiterhin noch dringend des Zuzugs von Arbeitskräften bedürfen, wenn auch stellenweise die Vermittlungen, besonders gegen Ende des Monats, etwas günstigere Ergebnisse zeigten. So z. B. in Bayern, Schlesien, der Provinz Brandenburg und im Rheinland. Die in Frage kommenden Arbeitnehmenden verweigern aber vielfach noch den Abschied von langfristigen Verträgen, ebenso stehen übertriebene Lohnforderungen meist hinderlich im Wege. Aus Westpreußen wird hierzu berichtet, daß eine Festsetzung von Mindestlöhnen für die einzelnen Arbeitergruppen durch die Kreis-, Landarbeiter- und Bauernräte erfolgt. Auch beginnt die Unterkunftsbeschaffung in Landwirtschaft und Bergbau den Vermittlungsstellen Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Kaufmännische Angestellte wirkt besonders besorgniserregend, da die Zahl der stellenlosen Konstante insgesamt sich weiterhin bedeutend vermehrt hat. Vereinzelt leichte Besserungen dieses Arbeitsmarktes, wie z. B. in Bayern, haben auf das Gesamtbild keinen wesentlichen Einfluß ausüben vermocht.

Neues aus den Verbänden der Kriegsbeschädigten. In die Kriegsbeschädigtenbewegung kommt immer mehr Klarheit. Der Reichsbund wird in seinen wahren Charakter als sozialdemokratische Gründung stets besser erkannt. Der Eisenverband, die älteste Kriegsbeschädigtenorganisation, kritisiert nur noch dem Namen nach. Alle seine früheren Ortsgruppen haben sich von ihm abgewandt, selbst die Gerichtsortsgruppe des Verbandes in Essen, deren Gründer der Vorsitzende des Eisenverbandes, Hans Adorf war. Diese sehr starke, viele hundert Mitglieder zählende Ortsgruppe hat sich nunmehr dem Verband der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer angeschlossen. Die alte und auf geleitete Eisenvereinigung Kriegsbeschädigter hat diesen Schritt nach reiflicher Überlegung und in der sicheren Erkenntnis vollzogen, daß die strenge parteipolitische Neutralität dieses Verbandes und sein unausgesetztes Bemühen, die Lage der Kriegsbeschädigten zu bessern, die beste Anreizverteilung gewährt. Diese örtlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter, die wegen ihres Anschlusses an einen Verband noch schwanken, sollten diesem Beispiele folgen.

Ubergangswirtschaft. Vor der Hamburger Handelskammer sprach kürzlich der Reichswirtschaftsminister Wissell über die Zukunft des deutschen Handels und führte dabei aus, daß Deutschland, um wieder emporkommen, der intensiven Arbeit seiner ganzen Bevölkerung bedürfe. Aber wegen des Mangels an Rohstoffen seien wir nahezu arbeitslos. Deutschland müsse einen Ausweg aus der gegenwärtigen Zwangslage suchen. Dabei sei aber das freie Spiel der Kräfte im Interesse der Gesamtwirtschaft unmöglich, vielmehr müsse der Staat regelnd und fördernd die gesamten Interessen der Bevölkerung wahrnehmen, damit nicht unser letzter Kredit aufgebraucht werde, ohne daß wir Rohstoffe und Rohungsmittel erhielten. Die Regierung werde also eine Außenhandelskontrolle in Händen behalten müssen, wenn auch natürlich nur zunächst und vorläufig bis zur Wiederkehr einer normalen Gestaltung des Ein- und Ausfuhrhandels. Aus diesem Gesichtspunkte könnten nur so viel Rohstoffe zur Einfuhr zugelassen werden, als absolut notwendig seien. Auch im Konsum müsse gehort und die Erzeugnisse der Wirtschaft nach Möglichkeit gehoben werden. Das Kernproblem des deutschen Handels, der freie Handel, aber biete keine Gewähr für die Beschäftigung auf die Einfuhr nur der dringlichsten Güter; an seine Stelle müsse also die Bindung treten durch eine gewisse Handelskontrolle. Aber man wolle keinen Bürokratismus, sondern Selbstverwaltung, und das Reichswirtschaftsamt habe bereits mit dem Abbau der Zwangswirtschaft begonnen. Demnächst sollen die Befugnisse des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr dezentralisiert werden, und zwar in der Weise, daß an Ort und Stelle Außenhandelsstellen mit der Entscheidungsbezugnis über die Einfuhr eingerichtet würden. Der Staat solle nur dann, wenn eine Einigung nicht erzielt werden könne, als Aufsichtsorgan und Vermittler eingreifen. Aus einzelnen Fachgruppen werde die

Organisationen und ihre tatsächlichen Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsbereichen gegliederte repräsentative Vertretungen in Betriebs-, Bezirksarbeiter- und einem Reichsarbeitsrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeitsrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundsätzlicher Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstage dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstage zu beantragen, die ebenso die Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichstages zu behandeln sind.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt.

Es heißt weiter, daß diesem Zusatzartikel zu § 34 der Reichsverfassung eine ausführliche Begründung beigegeben werden soll. Zur Sache ist zu sagen, daß es sich zunächst um eine Vorlage handelt, deren Schicksal von der Zustimmung des Parlaments abhängig ist. Daß sie runderweg abgelehnt wird, halten wir für ausgeschlossen; wahrscheinlich werden mildernde Änderungen daran vorgenommen werden. Aber auch das ist zunächst nicht allzu erheblich. Denn diese Vor schläge bedeuten ja nur die Grundlage, auf der das eigentliche Gesetz später aufgebaut werden soll. Aus allen diesen Gründen hält sich die Arbeiterpresse bei ihrer Kritik ziemlich zurück. Lediglich die Unabhängigen fahren größeres Geschwätz dagegen auf.

Der Kern des Ganzen ist, daß den Arbeitern — von den Angestellten ist auffallenderweise nicht die Rede — nach Betrieben und darüber nach Bezirken eine Interessensvertretung verfassungsrechtlich zugestanden wird, ein Gefüge, das von einem Reichsarbeiterrat gekrönt wird. Dadurch soll ihre Stellung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gesichert werden. Diese Interessensvertretungen der Arbeiter sollen mit den Vertretungen der Unternehmer zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammenberufen werden. Wichtige diesbezügliche Gesetzentwürfe sollen dem Reichswirtschaftsrat vor der Einbringung im Reichstage zur Begutachtung vorgelegt werden. Er soll auch selbst solche Gesetze beantragen dürfen. Dadurch kann den Arbeiter- und Bezirksräten auf den ihnen überwiesenen Gebieten ein Kontroll- und Verwaltungsrecht eingeräumt werden.

Bei den Bezirkswirtschaftsräten und dem Reichswirtschaftsrat ist der Grundgedanke der Parteilichkeit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gewahrt. Dieses von uns von jeher geforderte und in der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zum Ausdruck kommende Prinzip soll also in der Verfassung besonders festgelegt werden. Soweit können wir also dem Vorgehen der Regierung folgen. Wie wir zu den Arbeiterräten stehen, ist in unserer vorigen Nummer klargestellt worden. Der Name tut nichts zur Sache. Die Hauptsache ist auch für uns, daß diese Vertretungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit derartigen Befugnissen ausgestattet werden, daß die Interessen der Arbeitnehmer nach jeder Richtung hin wirkungsvoll wahrgenommen werden können. Daß dies möglich ist, dafür wird die Nationalversammlung nicht nur bei der Beratung dieses Zusatzartikels, sondern vor allem bei dem dadurch erforderlichen wendenden Gesetze zu sorgen haben.

Im Zusammenhang mit dieser Frage sei gleich der Beschluß hier mitgeteilt, den der 2. Rätekonferenz in Berlin zur Frage der Arbeiterräte gefaßt hat. Er lautet:

1. Die Grundlage der sozialistischen Republik muß die sozialistische Demokratie sein. Die formal demokratische bürgerliche Demokratie weicht in ihrem Wesenskern von der Demokratie der Arbeiter ab. Die sozialistische Demokratie muß diesen Übergang bringen, indem sie

die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit zu schaffen strebt.

2. Dies kann am besten durch die Schaffung von Kammern der Arbeit geschehen, zu denen alle arbeitenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahrberechtigt sind.
3. Zu diesem Zweck bildet jedes Gewerbe unter Berücksichtigung aller in ihm tätigen Kategorien (sowohl der Betriebsleiter) einen Produktionsrat, in dem die einzelnen Kategorien ihre Vertreter (Räte) entsenden. Die Landwirtschaft und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen.
- 3a. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die in den einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengefaßten Betrieben erfolgen.
- 3b. Der Produktionsrat des einzelnen Gewerbes, eines der Gemeinde wird mit dem Produktionsrat des gleichen Zweiges in Kreis, Provinz, Land und Reich zu einem Zentralproduktionsrat verbunden.
4. Jeder Produktionsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit, die in der kleinstein Wirtschaftseinheit beginnt.
5. Diese ist die Gemeinde resp. Wohnortsgemeinde; Gemeinden, die eine Wirtschaftseinheit bilden, werden zusammengefaßt.
6. Die Produktionsräte der Kreise, Provinzen, Länder und der Gesamtrepublik tun dasselbe. Ueberall besteht eine allgemeine Volkammer und eine Kammer der Arbeit.
7. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinander folgenden Jahren von der Volkammer (Gesamtwirtschaftskammer, Kreisvolkammer, Provinzialvolkammer, Kreisvolkammer, Provinzialvolkammer, Landtag, Reichstag) un verändert angenommen wird, Gesetzeskraft.
8. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Resolution zu beschließen.
9. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters (vor allem die Sozialisierungs-gesetze) zuerst zu. Es liegt ihr ob, auf diesem Gebiet die Initiative zu ergreifen. Der Volkammer gehen in der Regel die Gesetzentwürfe allgemeinen politischen und kulturellen Charakters zuerst zu. Die Aufteilung der Delegierten auf die einzelnen Berufe wird durch besonderes Gesetz geregelt.

Die Durchführung dieses Beschlusses, an die wir nicht glauben würde bestreiten, daß neben den auf Grund des freies Wahlrechts geschaffenen Parlamenten nach besondere Kammern der Arbeit entstehen sollen, also berufständliche Parlamente, gegen die sich vor der Revolution alle demokratisch denkenden Kreise mit Händen und Füßen wehrten haben. Wir sind der Meinung, daß dieser Beschluß des Rätekonferenzen auf keiner Seite Befriedigung auslösen und die Lösung des Räteproblems um keinen Schritt weiter bringen wird.

Nationalfeiertag.

Im Jahre 1889 beschloß der Internationale Sozialistenkongress zu Paris, daß die Arbeiter aller Länder am 1. Mai feiern, die Arbeit ruhen lassen sollten, um damit für den Arbeiterkampf, insbesondere den Achtstundentag zu demonstrieren. Der Beschluß ist nicht überall mit der gleichen Energie zur Durchführung zu bringen verstanden worden. Die meisten Völker haben sich die deutschen Arbeiter die Kaiserfeier kosten lassen.

Die Entstehung der Kaiserfeier läßt zweifelsfrei erkennen, daß es sich dabei um eine einseitige parteipolitische Veranstaltung handelte. Die freien Gewerkschaften haben sich ihrer Stellung und Bestandsaufnahme gemäß, lebhaft für die Kaiserfeier ins Zeug gelegt, während die übrigen Organisationsrichtungen sich ihr ablehnend gegenüber verhielten. Aber der Abneigung, sich zu einseitig sozialistischen Parteizwecken ausnutzen zu lassen, war für diese der Gedanke maßgebend, daß man einen wirksamen Arbeiterkampf und den Achtstundentag nicht durch leere Demonstrationen, sondern in der Hauptsache durch eine Stärkung der Arbeiterorganisationen erreichen könne. Die Kaiserfeier hatte oft gerade umgekehrte Wirkung. Den Sozialisten gab sie einen willkommenen Anlaß, ihr Mißfallen an den organisierten Arbeitern zu fühlen, ausgedehnte Ausberrungen vorzunehmen und sich von allerlei „mitleidigen“ Elementen frei zu machen. Für die Unterstützung der Kaiserfeiertagskämpfe mußten alljährlich viele Tausende von Mark aufgewendet werden, die nutzbringender für andere Zwecke hätten bereitgestellt werden können. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die Beteiligung an der Kaiserfeier von Jahr zu Jahr nachließ und zahlreiche Gewerkschaftsführer sie herzlich gern hätten von der Bildfläche verschwinden sehen. Wir erinnern da nur an die i. F. 1907 vom Vorstände des Deutschen Metallarbeiterverbandes unter dem Titel „Geistliches zur Kaiserfeier in Deutschland“ herausgegebenen Schrift, in der stark gegen

die Kaiserfeier Stellung genommen und der Nachweis erbracht wird, daß die Kaiserfeier ein Produkt der Kaiserzeit ist. Auf der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes zu Ettlingen, 3. 1906, fielen von den ersten Führern ebenfalls die härtesten Urteile, und in anderen Verbänden dachte man nicht anders.

Es hat keinen Zweck, heute alle diese Dinge noch einmal heranzukramen. Die Seiten haben sich gewaltig geändert. Der Achtstundentag ist zur Tatsache geworden, wenigstens bei uns Deutschen. Soweit ihn die Organisationen der Arbeiter noch nicht errungen hatten, ist er durch die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands und endlich durch eine Verordnung der Reichsregierung zur Einführung gelangt. Dafür braucht also nicht mehr demonstriert zu werden. In zweiten Kreisen der Arbeiterklasse hat nun aber einmal der 1. Mai eine besondere Bedeutung gewonnen. Diesen Ruhm will und kann man ihm nicht gut nehmen, will man nicht mit einer schwindigen Parteitradition brechen. Auswegen hat man, je mehr der Achtstundentag Eingang fand und eine Demonstration dafür überflüssig wurde, der Feier des 1. Mai eine andere Bedeutung beigelegt. Sie sollte — eine Kundgebung insbesondere für den Völkerrunden sein.

Der Weltkrieg mit all seinen Schrecken ist über uns dahin gewirrt, und die Revolution ist ihm gefolgt. Bei den Wahlen hat die Sozialdemokratie die meisten Stimmen von allen Parteien auf sich vereinigt, wie das auch schon vor dem Kriege der Fall war. Aber die Mehrheit des deutschen Volkes hat sich doch gegen die Sozialdemokratie entschieden. Den etwas über 18 Millionen sozialdemokratischer Stimmen bei den Wahlen zur Nationalversammlung standen fast 16 Millionen der anderen Parteien gegenüber. Immerhin kann man es verstehen, wenn die Sozialdemokratie, der Stimmung unter ihren Anhängern Rechnung tragend, versucht, den 1. Mai und in weiterer Konsequenz auch den 9. November, den Tag des Ausbruchs der Revolution in Berlin, zum Nationalfeiertag zu stempeln.

In der preussischen Landesversammlung ist der Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, abgelehnt worden. Bei der Abstimmung über den 9. November erwies sich das Haus beschlußunfähig; die Entscheidung mußte infolgedessen bis nach der Wiederberufung im Mai vertagt werden. Nun hat sich aber auch die Nationalversammlung in Weimar mit der Frage beschäftigt, deren Lösung dort natürlich auf nicht geringere Schwierigkeiten stößen mußte.

Von der Regierung lag ursprünglich ein Antrag vor, den 1. Mai zum allgemeinen Nationalfeiertag zu erheben. Daneben beantragten die Unabhängigen neben dem 1. Mai auch den 9. November zum Feiertag zu machen. In dieser Form wäre das Schicksal dieser Anträge von vornherein besiegelt gewesen. Sie wären abgelehnt worden. Um diesen Ausgang zu verhüten, der nach den verschiedensten Seiten hin vielleicht recht unangenehme Konsequenzen hätte zeitigen können, beschritt man den Weg des Kompromisses. Von Mehrheitssozialisten und Demokraten wurde folgender Vermittlungsantrag eingebracht:

„Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedächtnis des Weltkrieges und des Völkerrunden und des internationalen Arbeiterkampfes gewidmet ist und für den der Charakter eines Weltfeiertages erstreckt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Berücksichtigung der Beschaffung. In diesem Jahre wird er am 1. Mai gefeiert, zugleich als eine Volkstagskundgebung für politische und soziale Fortschritt, für einen gerechten Frieden für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerrunden. Der 1. Mai 1919 gilt als allgemeiner Feiertag.“

Das Gesetz soll die Ueberschrift haben „Entwurf eines Gesetzes über einen allgemeinen Feiertag“. In dieser Fassung wird die Kaiserfeier ursprünglich rein parteipolitischen Gepräges entkleidet. Der Antrag lenkt, wie der demokratische Abg. Dr. Bachnick treffend ausführt, das Auge des ganzen Volkes auf die gemeinsamen Ideale des Weltkrieges, des Völkerrunden, des Schutzes der Arbeitskraft in allen Ländern. Mit ihm wird dem Tage der Charakter eines Kampftages genommen, den er früher hatte. Mit ihm fordern wir die Kulturwelt auf, uns auf dem breiten Wege zu begleiten, sich weiter mit uns zu vereinigen in der Verfolgung höchster Menschheitsziele.

Gesamtwirtschaft organisch entwickelt werden. Die Fesselung der Wirtschaft solle aber nur vorübergehend sein. Besonders die banzaischen Kaufleute möchten ihr Können und ihre Kraft im alten Hanseatengeiste dem großen Publikum zur Verfügung stellen. Vor allem aber dürfe Deutschland nicht den Glauben an die Zukunft verlieren, wenn es die Folgen des Krieges überwinden wolle.

Wie die Feinde im besetzten Gebiete die Herrschaft üben, das geht aus nachstehender, Anfang April als Maueranschlag veröffentlichter Verfügung des obersten Verwalters des Saargebiets, des französischen Generals Andlauer hervor. Darin heißt es:

Jedes Fernbleiben von der Arbeit wird als feindsüchtiger Akt betrachtet und alle Belegschaften in ihrer Gesamtheit, Direktionspersonal miteingebunden, werden zur Arbeit requiriert und dem Befehl des Generals Andlauer, des Obersten Verwalters des Saargebiets, unmittelbar unterstellt. Infolgedessen wird ab Montag, den 7. April, die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Vergleite angeordnet, die durch diesen Anschlag dazu requiriert werden. Erstes Anfahren um 6 Uhr morgens. Zuwiderhandelnde haben Verhaftung zu gewärtigen. Ein gewisser Teil dieser Arbeiter wird wegen Nichtbefolgung eines militärischen Befehls nach dem rechten Rheinstrom abgehoben, Aufwiegler usw. werden vor ein Kriegsgericht gestellt und nach dem Militärstrafgesetzbuch abgeurteilt, das Direktionspersonal der einzelnen Zechen wird für die Wiederaufnahme der Arbeit verantwortlich gemacht. General Andlauer, Oberverwalter des Saargebiets, wird bestimmen, wann die außerordentlichen Maßnahmen in Wirksamkeit kommen. Jede französische Militärperson irgendwelchen Grades ist von den Deutschen als Vorgesetzter im Sinne der militärischen Rangordnung zu betrachten. Die Ortspolizei sowie die Ortsbeamten werden ebenfalls requiriert; sie haben jeder Anordnung der Militärbehörden Folge zu leisten, zur Ausführung dieser Proklamation beizutragen bzw. diese zu übermitteln.

Die Stellung zur Politik wird in letzter Zeit auch in unseren Reihen mit besonderem Eifer erörtert. Den Vorkämpfern, welche die Organisation gern an eine bestimmte politische Partei fesseln möchten, geben wir folgende Sätze zu Erwägung:

Unser Gewerkschein ist keine parteipolitische Organisation... Er muß also allen... Parteien gegenüber neutral sein. Denn würde der Gewerkschein sich einseitig auf eine Partei festlegen, so würde er dadurch die Anhänger der anderen Parteien abstoßen. Das darf aber nicht geschehen. Der Gewerkschein muß vielmehr möglichst große Arbeiterkreise umfassen, will er seine Aufgaben erfüllen.

Die Mitglieder des Gewerkscheins aber sollen nicht parteipolitisch neutral sein. Wir müssen uns als Arbeiter einen möglichst großen politischen Einfluß erkaufen. Das können wir nicht mit parteipolitischer Neutralität, sondern nur mit energischer Mitarbeit in irgendeiner Partei. Der einzelne ist einflußlos, im Rahmen eines größeren Ganzen aber hat man Einfluß. Jedes Mitglied des Gewerkscheins sollte sich deshalb auch stetig und entschieden parteipolitisch betätigen. Bei jeder Partei der einzelne sich anschließen muß, das muß er selbst entscheiden.

Bei unserer politischen Arbeit müssen wir stets unserer Arbeiterforderungen gedenken. Wir müssen sie möglichst hoch durchsetzen suchen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß jeder verlangt, daß seine Partei die Arbeiter als gleichberechtigtes mit anderen Klassen anerkennend und die politische Durchsetzung der Arbeiterforderungen der Arbeiter anstrebt, daß sie auch für alle grundsätzlichen Arbeiterforderungen, wie freies Wahlrecht usw., eintritt und daß den praktischen und durchführbaren Forderungen der Arbeiter ihre Unterstützung nicht versagt.

Hierbei müssen wir uns aber darüber klar sein, daß es trotz besten Willens auf allen Seiten und wegen Arbeiterforderungen zu Differenzen zwischen den verschiedenen Parteien kommen kann. Wenn es aber zwei das gleiche Ziel erstreben und möglichst schnell zu erreichen suchen, so können sie trotzdem über den Weg der besten Meinung sein. Entschieden man zwischen den Parteien solche Meinungsverschiedenheiten, so besteht die Gefahr, daß auch die ihnen angehenden Arbeiter sich nicht einig werden. Für die Zukunft ist diese Gefahr um so größer, je schärfer die Gegensätze zwischen den Parteien werden und je mehr unüberwindliche große Risse zwischen den Regierungsparteien und Oppositionsparteien entstehen werden. Unsere Mitglieder werden so zum Teil der Regierungspartei, zum Teil den Oppositionsparteien an. Wir müssen schon heute diesen verschiedlichen kommunistischen Schwärzungen ins Auge sehen, sie zu vermeiden und mindestens eine Schwärzung unserer Bewegung durch sie zu verhindern suchen.

Es ist das möglich? Am besten dadurch, daß wir alle seine Parteimitglieder werden, die binden nur an ihre Partei denken und nichts anderes sehen. Wir sollen uns dem entgegenstehenden Parteiführern nie in diese für jene so bequeme Stellung hineinreiben lassen. Sie sollen mit unseren Karren nicht behalten und nie vergessen, daß auch noch etwas anderes als die Partei, der wir angehören, in der Welt vorhanden ist. Dann lassen wir uns auch nicht gegeneinander befehen.

Das sind die Grundzüge, von denen sich Dr. Max Dirsch bei der Gründung der Deutschen Gewerksvereine hat leiten lassen und die für uns stets maßgebend gewesen sind. Diese Sätze entstammen aber dem christlichen „Bergknappen“, Nr. 11 vom 15. März d. J., ein neuer Beweis, wie sehr unsere Anschauungen mehr und mehr Gemeingut der deutschen Arbeiterschaft werden. In dem durch Punkte gekennzeichneten Satz stand, daß dem christlichen Gewerksverein Angehörige aller rechts von der Sozialdemokratie stehenden Parteien zugehören. Ob diese Einschränkung jetzt noch mit Recht gemacht wird, möchten wir bezweifeln, geht uns aber nichts an. Für uns gilt sie nicht; in den Deutschen Gewerksvereinen kann sich jeder Arbeiter, ohne Ausnahme organisieren. Wir sind auch insofern liberaler, als das kirchliche Moment bei uns keine Rolle spielt. Darauf ist aber der „Bergknappe“ wohlweislich nicht eingegangen. Wie dem aber auch sei: Die angeführten Sätze verdienen durchaus Beachtung auch für unsere Mitglieder. Mögen sie ihre Wirkung nicht verfehlen!

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Gewerksverein Deutscher Väder, Konditoren und verwandter Berufe (G.V.D.).

Die ordentliche Generalversammlung der **Zuckerbäcker-Konditoren- und Gebäckbäcker-Gewerksvereins der Deutschen Väder, Konditoren und verwandter Berufe** findet am **Donnerstag, den 24. April 1919, abends 7 Uhr**, in Berlin, Solganstr. 5, Jannowitz-Passage, im Engelhardt-Auschanf statt.

- Tagesordnung:**
1. Entgegennahme der Abhänge der Rasse auf Bericht des Aufsichtsrats.
 2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
 3. Wahl des Vorstandes, der Erbatmänner und des Aufsichtsrats, sowie Festlegung der Entschädigung für dieselben.
 4. Allgemeines.

Der Vorstand.
H. A. H. Raving, Berlin R. 118.
Schönheitsstraße 41.

Bezugsliste

Über den Bestand der Deutschen Gewerksvereine (G.V.D.) über den Bestand der Mitglieder der Gewerksvereine des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine aus der Rasse ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb der Wochen die restierenden Beiträge bezahlen:

Gemeinbeiträge: Berlin R. 3367, 3368, 3371, 3372, 3432, 3948, 4044, 4197, 5652. Metallarbeiter: Berlin V R. 136. Schneider: Leipzig R. 3480. Bäcker: Mitteldeutsch R. 3179.
Berlin, den 8. April 1919.
H. Klein, Reichsleiter.
Gauptschreiber.

8. Sitzung über eingekaufte Beiträge für den parlamentarischen Fonds vom 1. Januar bis 31. März 1919.

Beitrag und Gaubbeiträge: Garmna R. 5,00. Holzarbeiter: Berlin 60.—. Metzler, Metzler etc.: Berlin II 2,50. Metallarbeiter: Auhof 30,00. Berlin II 67,30. Berlin VIII 30,00. Grummelhof 5,00. Gottje 10,00. Halle 10,00. Garmna 9,00. Garmna 30,00. Leipzig III 30. Remben 11,00. Destrach 25,00. Rath 50,00. Schüren 10,50. Zerstörer: Garmna 5,00. Ortsverbände: Garmna 15,00. Garmna R. 432,30, bereits quittiert R. 5421,53. R. 5863,63.
Berlin, den 8. April 1919.
H. Klein, Reichsleiter.

11. Sitzung über eingekaufte Beiträge für die Verbände und Organe des I. Quartals 1919.

Beitrag: Gauptschreiber: 31,00. Eisenarbeiter: (Bück.) Gauptschreiber: 250,00. (Kraus.) Gauptschreiber: 100,26. **Beitrag u. Gaubbeiträge:** Gauptschreiber: 3116,36. Berlin I—III 19,76. Brauerei und Metzerei: Gauptschreiber: 218,40. Gemeinbeiträge: Gauptschreiber: 71,00. Holzarbeiter: Gauptschreiber: 516,70. Metzerei: Gauptschreiber: 14,10. Konditoren: Gauptschreiber: 46,60. Metzler, Metzler etc.: Gauptschreiber: 128,97. Metallarbeiter: Gauptschreiber: 13 149,19. Goldarbeiter: 3,00. Schneider: Gauptschreiber: 292,36. Brauerei: 7,50. Schuhmacher und Lederarbeiter: Gauptschreiber: 568,01. Zerstörer:

Arbeitler: Gauptschreiber: 320,46. Tabakarbeiter: Gauptschreiber: 139,15. Tischler: Gauptschreiber: 129,90. Brauer: Bremen 2,86. Garmna 14,40. Deffau 7,60. Görlitz 2,10. Raschke: Garmna 6,06. Weidau: Garmna-Dresden 5,00. Volksgewerkschaften 1041,34. Draufschon: 98,25. Garmna R. 29 787,12.
Berlin, den 15. April 1919.
H. Klein, Reichsleiter.

Aus dem Verbands.

Augsburg. Der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine (G.V.D.) hielt am 5. April eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab, um Stellung zu nehmen zu dem seitens eines Teiles der freien Gewerkschaften ausgedehnten Textor gegen Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Kollegen K. Eger und einer lebhaften Diskussion, in der besonders scharf Fälle von Verweigerung vorgebracht wurden, fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die heutige gewaltig besuchte Mitgliederversammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.V.D.) erhebt energischen Protest gegen das arbeitsverhindernde Treiben überzahliger Verbände, die mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln versuchen, die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine mit Zwang zum Übertritt in die freien Gewerkschaften zu bewegen. Die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine haben sich sofort nach der Umwälzung verpflichtet, eheich mitglieder in ihren Vorkäufen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, verlangen nun aber auch volle Gleichberechtigung mit gewerkschaftlich anders denkenden Arbeitern. Die Verbandsleitung nimmt mit Befriedigung Kenntnis, daß sowohl der Ortsverband von Augsburg als auch das Reichsamt für soziale Fürsorge den Textor und das Verhalten der radikalen Elemente verurteilen und in Aussicht gestellt wurde, daß alle geschiedene, um dem Reichsamt abzugeben und die Reaktionsfreiheit zu schärfen. Die Verbandsleitung verpflichtet sich, wenn zum Gewerksverein zu halten und durch Aufführung und Agitation zur Stärkung derselben beizutragen.“

Stettin. In der Generalversammlung unseres Ortsverbandes bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung ein Vortrag des Oberstadtschreibers H. G. S. über die Reformbewegung im neuen Deutschland. Der Vortragende forderte dabei in eindringlicher und überzeugender Weise die Gründung von Kriegsgewerkschaften, damit diejenigen, die unser Land bereichert haben, die Möglichkeit erhalten, sich auf eigener Basis ein angenehmes und ununterbrochenes Leben zu schaffen. Außerdem sei nach dem Krieg 1870/71 erlebt hat, dürfen auf keinen Fall wiederkehren. Wie diese Kriegsgewerkschaften sein müßten, führte der Redner im einzelnen aus. Die Verwirklichung des Planes müsse von dem Widerstand der Zersplitterten durchgesetzt werden, denn am Ende müsse ein einheitliches Gewerbe entstehen, eine Million Arbeiter in angestammter Weise unterbringen wolle, gehörte dazu nur ein Gebiet im ungefähren Umfang des 30. Teils der Preussischen Ostpreußen oder noch nicht der Hälfte der Kreisgauverwaltungen. Die Gewerkschaften müssen geschärft werden, die Gewerkschaften dürfen nicht erlöschen. Andererseits muß der Arbeiter die Möglichkeit besitzen, die Gewerkschaft zu verlassen. In diesem Falle hat er sie zu denselben Preise zurückzugeben. Durch die Gründung solcher Kriegsgewerkschaften könne man am wirksamsten dem Wohnungsproblem in den Wirtschaften entgegenarbeiten und damit Lebensnot, Arbeitslosigkeit, Geschlechtskrankheiten, Unfruchtbarkeit und Jugenderkrankung der Arbeiter entgegen wirken. Am Schluß seiner Ausführungen ging der Vortragende näher auf die Bestimmungen der Bodenreform ein und erbat reichliche, offenkundige Kritik. Nach einer längeren Aussprache wurde eine im Sinne des Vortrages gehaltene Entschließung einstimmig angenommen. Einige Versammlungsbefehle erklärten auch sofort ihren Beitritt zum Bunde der Bodenreformer.

In weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Beiträge zum Verbandstag berichtet und gutgeheißen. Eine vom Vorsitzenden beauftragte Kommission des Ortsverbandes lief allgemeine Unterstützung herbei. Der Vorstand wurde beauftragt, Verhandlungen anzuknüpfen, um eine Ermäßigung, insbesondere bei Mitgliederleistungen zu erzielen. Auch der Beginn eines Stenographie-Kurses und die Gründung eines soziopolitischen Diskussionsklubs konnte gemeldet werden.
Schubert.

Literatur.

Stingogangene Väder und Verhältnisse. Grundzüge der Volkswirtschaft. Von H. G. S. Professor der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Rodam, nach einer von Reichler für die deutsche Ausgabe vorgenommenen Neubearbeitung des russischen Originals übersetzt von Dr. E. Alford. Verlag von H. G. Teubner, Leipzig und Berlin, Preis geb. 10 RM., geb. 13 RM.

Rechtsbuch und Berufsberatung. Eine Einführung in die Praxis von Dr. med. Martha Ulrich, Dr. Curt Riedemann, Otto Reule, Georg Wolff, Dr. Ernst Reinhold. Eingeleitet von Dr. Alfred Kühne. Verlag von Ernst und Sohn in Berlin. Preis im Karton umfänglich 6,50 RM.